

# Stadtpunkte

## 8/9|24



### IM FOKUS

Landesunterkünfte für Geflüchtete endlich bedarfsgerecht ausbauen

NRW-Städte: Novelle des Kinderbildungsgesetzes ist überfällig

Gutachten zur Grundsteuer bewertet Landesmodell als hochriskant

Belastungsausgleich Jugendhilfe: weiter Fragen offen

### FACHINFORMATIONEN

#### AUS DEN STÄDTEN

„Minden+Du“: Stadt und Wirtschaft werben gemeinsam um Nachwuchskräfte

### KALEIDOSKOP

#### GERN GESEHEN

„Sprung über die Emscher“ – eine neue Landmarke für Castrop-Rauxel und die Emscherregion



Vorstand des Städtetages NRW bei der Sitzung im September in Siegen; v.l.n.r.: Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Köln; Bürgermeister Christian Küsters, Nettetal; Bürgermeister Steffen Mues, Siegen; Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Bochum, Vorsitzender des Städtetages NRW; Oberbürgermeister Frank Meyer, Krefeld; Geschäftsführer Helmut Dedy, Städtetag NRW; Oberbürgermeister Pit Clausen, Bielefeld; Oberbürgermeisterin Karin Welge, Gelsenkirchen; Bürgermeisterin Barbara Brunsing, Dortmund; Bürgermeisterin Hilde Scheidt, Aachen; Bürgermeister Andreas Wolter, Köln; Bürgermeisterin Christina Osei, Bielefeld; Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Schönweiß, Essen; Oberbürgermeister Erik O. Schulz, Hagen; Oberbürgermeister Thomas Kufen, Essen, Stellvertretender Vorsitzender Städtetag NRW (Foto: Stadt Siegen)



## Landesunterkünfte für Geflüchtete endlich bedarfsgerecht ausbauen

Der Ausbau der Landesunterkünfte für Geflüchtete stockt. Der Städtetag NRW fordert deshalb mehr Engagement von der Landesregierung, um das angestrebte Ausbauziel noch bis Ende des Jahres zu erreichen. Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch aus Bochum, sagte dazu Anfang Oktober der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ):

„Bis Ende 2024 will die Landesregierung eigentlich auf 41.000 Plätze kommen. Dafür müssen den Worten jetzt langsam auch Taten folgen, denn seit dem Sommer verharrten die Zahlen bei etwa 35.000 Plätzen. Das aktuelle Sicherheitspaket der Landesregierung sieht vor, dass allein reisende

Geflüchtete aus sicheren Herkunftsländern künftig bis zum Abschluss ihrer Verfahren in den Landesaufnahmeeinrichtungen bleiben, statt nach 24 Monaten auf die Kommunen verteilt zu werden. Dadurch sollen die Städte entlastet werden. Das ist ein guter Schritt, funktioniert aber nur mit mehr Plätzen in Landesunterkünften.

Dass es genug Plätze in Landeseinrichtungen gibt, ist außerdem wichtig, wenn die Flüchtlingszahlen wieder steigen sollten. Die Städte wissen, was dann zu tun ist. Aber wir müssen auch planen können, wann und wie viele Flüchtlinge zu uns kommen, um diese gut zu integrieren. Die Erstaufnahme in den Landeseinrichtungen verschafft uns die Zeit dafür.“

# NRW-Städte: Novelle des Kinderbildungsgesetzes ist überfällig

Die Städte haben das Land aufgefordert, endlich die längst überfällige Novelle des Kinderbildungsgesetzes vorzulegen, und drängen auf einen Gesetzentwurf noch in diesem Jahr. Dazu sagte Thomas Eiskirch, Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Ende September gegenüber der Rheinischen Post:

„Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder in der Kita gut gefördert und betreut werden. Die Novelle des Kinderbildungsgesetzes ist längst überfällig, denn der Druck wächst vor Ort immer weiter. Wir sehen vielerorts tageweise bereits, dass die Betreuung oder Förderangebote nicht mehr gesichert sind, weil Personal erkrankt ist oder Stellen nicht besetzt werden können. Das schafft viel Frust bei den Eltern – aber auch bei den Erzieherinnen und Erziehern. Das Land muss in enger Absprache mit den Städten verhindern, dass sich diese Probleme flächendeckend verschärfen.“

Alle wissen, dass Fachpersonal knapp und der Betrieb von Einrichtungen deutlich teurer geworden ist. Auch die freien Träger bekommen das deutlich zu spüren und klopfen täglich bei den Städten an. Wollen die Städte die Versorgung vor Ort nicht gefährden, müssen sie auch den finanziellen Forderungen der Träger entgegenkommen und übernehmen zum Teil deren Anteile. Das hat inzwischen die Kosten immer weiter zulasten der Kommunen verschoben. Deshalb brauchen wir noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf für eine Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), der Aufgaben und Kosten fair zwischen Land und Kommunen verteilt. Frühkindliche Bildung ist wichtig und braucht Verlässlichkeit,



Kindergartenausflug (Foto: Julija Cernjaka stock.adobe.com)

das KiBiz muss jetzt einen rechtlichen und finanziellen Rahmen liefern, der in der Realität auch gut funktioniert.

Klar ist: Frühkindliche Bildung im Kita-bereich muss wie Schulbildung als Landesaufgabe öffentlich finanziert werden. Dazu gehören auch Ausgaben für inklusive Bildung und Sprachförderung. Wir erwarten deshalb, dass sich das Land zu seiner Verantwortung bekennt und die Träger entlastet werden. Das könnte auch eine Bezahlung von Auszubildenden in der Kita ermöglichen und die Berufswahl attraktiver machen – bislang gibt es dafür keine feste Refinanzierung des Landes. Die Fachkräfteoffensive muss weitergehen. Denn wir brauchen bis 2030 zwischen 9.000 und 20.000 neue Beschäftigte in den Kindertageseinrichtungen, die nicht einfach vom Himmel fallen“.

# Gutachten zur Grundsteuer bewertet Landesmodell als hochriskant

---

Ein Gutachten im Auftrag des Städtetages NRW zeigt erhebliche rechtliche Risiken, die sich für die Städte durch das Landesmodell zur Grundsteuer mit differenzierten Hebesätzen für Wohn- und Geschäftsgrundstücke ergeben. Dazu erklärte Thomas Eiskirch, Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Anfang Oktober: „Das Gutachten bestätigt die Kritik, die wir von vornherein an differenzierten Hebesätzen für Wohn- und Geschäftsgrundstücke hatten.“

Dieses Modell der Landesregierung ist für die Städte und damit auch für die Bürgerinnen und Bürger hochriskant. Für Kommunen ergeben sich mit differenzierten Hebesätzen für eine Grundsteuerermäßigung für Wohngrundstücke große Rechtsunsicherheiten. Damit drohen den Städten bei einer der wichtigsten kommunalen Steuern im schlimmsten Fall massive Steuerausfälle, wenn sie dem Landesmodell folgen.

Das neue Landesgesetz wird so auch für Mieterinnen und Mieter in unseren Städten zur großen Enttäuschung, denn unterm Strich bleibt die Mehrbelastung durch Lastenverschiebung von Geschäftsgrundstücken hin zu Wohngrundstücken bei der Grundsteuerreform bei ihnen hängen. Die Städte wollen diese Mehrbelastung für Mieter verhindern – einen rechtlich sicheren Weg dafür haben wir nun aber nicht. Wenn Städte dem Landesmodell folgen und dieses Modell dann vor Gericht gekippt werden sollte, erwarten wir, dass das Land die möglichen Steuerausfälle der Städte ausgleicht.

Das Land hätte längst problemlos dafür sorgen können, dass Wohngrundstücke durch die Grundsteuerreform nicht übermäßig belastet werden, indem es schlicht und einfach landesweit die Messzahlen anpasst. Das fordern wir seit über zwei Jahren. Sachsen, das Saarland und Berlin haben es so gemacht. Und auch NRW sollte es so machen. Für 2025 ist es nun aber zu spät.“



Foto: Martin Steffen

**„Das Gutachten bestätigt die Kritik, die wir von vornherein an differenzierten Hebesätzen für Wohn- und Geschäftsgrundstücke hatten.“**

---

Thomas Eiskirch  
Vorsitzender des Städtetages NRW und  
Oberbürgermeister der Stadt Bochum

Hintergrund:

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Städte und Gemeinden. Die Städte brauchen die Grundsteuer, um Kinderbetreuung, Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, Kultur oder Vereine zu finanzieren. Sie ist entscheidend, damit das Zusammenleben in unseren Städten funktioniert. In NRW geht es um jährliche rund 4 Milliarden Euro.

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Grundsteuerreform, die ab 2025 erstmals zum Tragen kommt, belastet in NRW die Wohngrundstücke deutlich stärker als Geschäftsgrundstücke. Davor haben die Städte in NRW bereits früh gewarnt.

Um diese stärkere Belastung von Wohngrundstücken zu vermeiden, hätte das Land landesweit die Steuermesszahlen anpassen können. Dieses Modell haben die Länder Sachsen, Saarland und Berlin erfolgreich umgesetzt. Das Land NRW hat stattdessen den Städten die Möglichkeit gegeben, die Hebesätze der Grundsteuer für Wohn- und Geschäftsgrundstücke zu differenzieren. Statt einer landesweiten Lösung müsste dafür jede der 396 Städte und Gemeinden in NRW einzeln darüber entscheiden und rechtssicher begründen können, welche differenzierten Hebesätze sie anwendet, um Wohngrundstücke zu entlasten. Das ist kompliziert und birgt große Rechtsunsicherheiten – wie das Gutachten im Auftrag des Städtetages NRW nun zeigt.

Die rechtsgutachterliche Stellungnahme ist abrufbar unter:

[www.staedtetag-nrw.de/892401](http://www.staedtetag-nrw.de/892401)

### **Titelfoto: Besondere Transformation: früher Kirche, jetzt Kita**

Die evangelische Johanneskirche im Leverkusener Stadtteil Manfort, gebaut nach dem Zweiten Weltkrieg als Notkirche und 1994 unter Denkmalschutz gestellt, ist jetzt eine Kindertagesstätte für gut 60 Kinder. Und: Sie ist aufgrund der besonderen architektonischen Lösungen des Architekturbüros zweipink zu ihrer Sanierung, Umnutzung und Erweiterung für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis Architektur nominiert.

Bautechnisches Highlight bei der Umwandlung der nicht mehr genutzten Kirche in eine lebendige Kindertagesstätte ist eine Luftkissenfolie als durchsichtige Zwischendecke. Sie schafft die thermisch notwendigen Rahmenbedingungen für eine KiTanutzung und sorgt außerdem durch die Transparenz dafür, dass der Kirchenraum mit seiner Fensterverglasung weiterhin erlebbar bleibt.

(Foto: Architekturbüro zweipink)

## **Belastungsausgleich Jugendhilfe: weiter Fragen offen**

Die Landesregierung will eine Rechtsverordnung erlassen, die den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe Ausgleichszahlungen für die Kosten für den Ausbau und Betrieb der U3-Betreuung in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege zusichert. Diese Zahlungen in Höhe von rund einer Milliarde Euro sollen die bereits geleisteten beziehungsweise eingeplanten Zahlungen des Landes für den Zeitraum von August 2021 bis Juli 2026 ergänzen und bei rückwirkenden Ausgleichszahlungen für vorangegangene Jahre noch 2024 erfolgen.

Die kommunalen Spitzenverbände gehen bei der U3-Kindertagesbetreuung allerdings von deutlich

größeren Kosten aus, kommen bei den Details des Überprüfungsverfahrens zu anderen Einschätzungen und sehen einen höheren Belastungsausgleich für einen deutlich frühen Zeitpunkt rückwirkend notwendig. Dafür konnte in intensiven Gesprächen mit dem Land keine Lösung gefunden werden. Die offenen Fragen gilt es nun voraussichtlich auf dem Rechtsweg zu klären. Landesregierung und Spitzenverbände wollen aber dennoch in einem konstruktiven Dialog bleiben.

[www.staedtetag-nrw.de/892409](http://www.staedtetag-nrw.de/892409)

# Atlas zur Gleichstellung von Männern und Frauen in NRW

Was ist der aktuelle Stand der Gleichstellung von Männern und Frauen in NRW und welche Entwicklungen gibt es in diesem Bereich? Antworten darauf liefert der frisch aktualisierte Gleichstellungsatlas NRW. Er enthält fünf thematisch geordnete Kapitel mit aufbereiteten kommunalen und selbst erhobenen Daten. Aussagen zu Stand und Entwicklung der Gleichstellung liefern 52 Indikatoren u. a. aus den Bereichen Partizipation, Qualifikation, Erwerbsbeteiligung und Gleichstellung im öffentlichen Dienst. Der Atlas soll besonders auf kommunaler Ebene eine Bestandsaufnahme ermöglichen und Handlungsbedarfe aufzeigen.

[www.staedtetag-nrw.de/892402](http://www.staedtetag-nrw.de/892402)

## „NRW Initiative #sicherimStraßenverkehr gestartet“

Zusammen mit 25 Partnerorganisationen, darunter dem Städtetag NRW, hat das Land Anfang Oktober die „NRW Initiative – #sicherimStraßenverkehr“ gestartet und eine Geschäftsstelle dafür eingerichtet. Ziel ist es, die Zahl der Verkehrsunfälle mit schwerem oder tödlichem Ausgang zu vermindern. Teil der Initiative ist ein Präventionsnetzwerk zum Austausch guter Verkehrslösungen. Zudem stellt die Initiative umfangreiches Material für Verkehrssicherheitstage zu Verfügung.

<https://sicherimstrassenverkehr.nrw>

[www.staedtetag-nrw.de/892404](http://www.staedtetag-nrw.de/892404)



## Studie zur Umsetzung der Wärmewende in den Städten

Welche Hürden müssen Kommunen und Energieversorgungsunternehmen zugunsten einer klimaneutralen Wärmeversorgung überwinden und welche Perspektiven bieten sich?

Diese Fragen thematisiert die Studie „Transformation der kommunalen Energieversorgung – Ziele, Herausforderungen, Perspektiven der Wärmeplanung“ des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig. Dafür wurden ca. 600 Kommunen sowie knapp 100 Stadtwerke und Energieversorgungsunternehmen befragt. Der Deutsche Städtetag hat die Studie unterstützt.

[www.staedtetag-nrw.de/892403](http://www.staedtetag-nrw.de/892403)



## Deutscher Schulträgerkongress in Düsseldorf

Zum dritten Mal findet am 7./8. November 2024 in Düsseldorf der Deutsche Schulträgerkongress (DSTK) statt. Der Kongress bietet eine Plattform für den Austausch von Schulträgern und Schulleitungen zu wichtigen Zukunftsthemen im Bildungsbereich. Im Plenum, in Workshops und in hochkarätig besetzten Diskussionsformaten nimmt der DSTK innovative Bildungskonzepte und Good-Practice-Beispiele in den Blick. Inhaltlich liegt der Fokus in diesem Jahr insbesondere auf dem Rechtsanspruch auf Ganzttag sowie auf dem Startchancenprogramm. Veranstaltet wird der DSTK von Fleet-Education und dem Verband Bildung und Erziehung (VBE), Mitveranstalter sind der Deutsche Städtetag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

[www.deutscher-schultraegerkongress.de](http://www.deutscher-schultraegerkongress.de)



## Westfälische Kulturkonferenz thematisiert den Wandel von Kulturarbeit und Arbeitskultur

Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen, Verwaltungen, Jurys und Gremien – kaum eine Organisation spürt nicht die Notwendigkeit, sich personell, strukturell oder inhaltlich zu verändern. Grund dafür sind globale Veränderungen wie die Digitalisierung und Individualisierung, aber verstärkt auch der demografische Wandel. Wer macht jetzt und in Zukunft die Arbeit angesichts des Arbeitskräftemangels? Und wie kann dem Image der Kulturarbeit – „viel Arbeit, wenig Geld“ – begegnet werden? Die diesjährige Westfälische Kulturkonferenz am 8. November in Detmold will Wege der Kulturarbeit und der Arbeitskultur im Wandel aufzeigen und dabei praxisnahe und anwendungsorientierte Beispiele in den Fokus stellen.

[www.staedtetag-nrw.de/892405](http://www.staedtetag-nrw.de/892405)



## Forum deutscher Wirtschaftsförderungen 2024

Der diesjährige Kongress am 14. und 15. November in Frankfurt am Main steht unter dem Motto: „Zukunft gestalten, Handlungsfähigkeit stärken! Innovative Impulse für eine zukunftsweisende Wirtschaftsförderung.“ Er setzt auf die vier Themenschwerpunkte Digitalisierung und Innovation, Demografie und Fachkräftesicherung, Flächen- und Standortentwicklung und Nachhaltigkeit und Transformation. Im Hauptprogramm werden fachliche Thesen und Expertisen vorgestellt und anschließend in Podiumsdiskussionen diskutiert. Parallele Praxisforenworkshops beleuchten innovative Projekte. Der Deutsche Städtetag gehört mit zu den Ausrichtern.

[www.fodewi.de](http://www.fodewi.de)

# „Minden+Du“: Stadt und Wirtschaft werben gemeinsam um Nachwuchskräfte



## Jobs mit „Work plus Life“

Gemeinsam mehr Fachkräfte gewinnen: Dieses Ziel verfolgt die neue Kampagne „Minden+Du“, die von der Stadt Minden gestartet worden ist. Die Fachkräftekampagne wird von vielen Mindener Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen getragen. Gemeinsam wollen sie mehr Menschen von der Region mit ihren vielfältigen Berufs- und Karriereperspektiven überzeugen.

Ob in städtischen Kindertagesstätten in Supermärkten in technischen Fachbetrieben oder im Gesundheitswesen – Unternehmen, Betriebe und Behörden in und um Minden wollen Nachwuchskräfte gewinnen und Fachkräfte binden. Doch Arbeit ist nicht alles. Deshalb hebt die neue Kampagne „Minden+Du“ den Mehrwert hervor, den Arbeitgeber in der Region ihren Mitarbeitenden bieten: Dazu gehören gezielte Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, besonderes soziales Engagement, Empowerment durch Netzwerkarbeit oder innovative Wege zur Integration ausländischer Fachkräfte.

Die Kampagne „Minden+Du“ präsentiert die Stadt und ihr Umland als einen Standort, an dem sich Menschen wohlfühlen, weil sie mehr als nur ein Arbeitsort ist. Hier schaffen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam eine Atmosphäre, in der man nicht nur arbeitet, sondern auch gern lebt. Die Kampagne „Minden+Du“ fokussiert genau darauf: Echte Menschen aus der Region berichten von ihrem „Work plus Life“.



# Minden + Wertschätzung + Du



## Hintergrund

Die Stadt Minden hat es sich zum Ziel gesetzt, nicht nur bestehende Fachkräfte zu fördern, sondern auch junge Talente für die Region zu gewinnen. Die Personalverantwortlichen in den beteiligten Unternehmen sehen einen großen Vorteil darin, an einem Strang zu ziehen und zusammen mehr Sichtbarkeit für den Standort Minden zu schaffen. Die Kampagne „Minden+Du“ soll ab Oktober auch in Hamburg, Bielefeld, Osnabrück und Hannover für Aufmerksamkeit sorgen. Zu sehen sind elf unterschiedliche Motive und zwar auf Plakatgroßflächen sowie in Straßen- und U-Bahnen.

Wer wissen will, welche spannenden Geschichten erzählt werden und welche vielseitigen Menschen dahinterstecken, sollte dem Instagram-Kanal der Stadt Minden (@stadtminden) folgen. Darüber hinaus gibt es Infos und Interviews mit jungen Fachkräften aus Minden auch auf der Homepage:

[www.minden.de/mindenplusdu](http://www.minden.de/mindenplusdu)

# Minden + Global Player + Du





Rathaus in Bottrop (Foto: Stadt Bottrop)

## Bottrop: Millionenförderung für Kreislaufwirtschaft

Rund 16 Millionen Euro stellen EU und Land der Stadt Bottrop und Partnern für das Kreislaufwirtschaftsprojekt „Bottrop.gemeinsam. zirkulär“ zur Verfügung. Dazu gehören Workshops, praxisorientierte Projekte und Sensibilisierungskampagnen für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Ein Fokus liegt auf zirkulärem Sanieren und dem Handwerk als Vermittler zu den Auftraggebern. Mit der „Bottrop CEntrale“ soll zudem ein Treffpunkt mit Verleihdiensten, Tauschregalen, Werkstätten und mobilen Reparaturstationen entstehen.

[www.bottrop.de](http://www.bottrop.de)

## Bonn ist recyclingpapierfreundlichste Stadt Deutschlands

Die Stadt Bonn ist als „Mehrfachsieger“ für 15 Jahre Umstellung auf Recyclingpapier mit einem Sonderpreis im Wettbewerb Papieratlas geehrt worden. Gewinnerstadt wurde die Hansestadt Bremen. Der Papieratlas dokumentiert seit 2008 jährlich den Papierverbrauch und die Recyclingpapierquoten in deutschen Städten. Schirmherrin ist Bundesumweltministerin Steffi Lemke. Der Deutsche Städtetag gehört zu den Kooperationspartnern.



Bundsumweltministerin Steffi Lemke  
(Foto: BUMV Annette Riedl)



Foto: Colourbox

## Gladbeck und Hamm unter den Preisträgern „Familienkommune 2024“

Mit Gladbeck und Hamm sind zwei Mitgliedsstädte des Städtetages NRW mit dem Landespreis „Familienkommune 2024“ ausgezeichnet worden. Der Preis war unter dem Motto „Wir leben Vielfalt“ in diesem März erstmals vom Familienministerium ausgelobt worden – für Kommunen, die sich für die Bedarfe von Familien besonders engagieren. Weitere Auszeichnungen gingen an die Stadt Brühl, den Kreis Düren und die Gemeinden Windeck und Dörentrup. Die Projekte und Konzepte der Preisträger reichen von familienorientierten Generationenprojekten bis hin zum familienfreundlichen Rathaus. Die Preisträgerkommunen erhalten die mit jeweils 10.000 Euro dotierte Auszeichnung im Rahmen einer festlichen Preisverleihung zum Ende dieses Jahres.

[www.staedtetag-nrw.de/892406](http://www.staedtetag-nrw.de/892406)



© Rupert Oberhäuser

## „Sprung über die Emscher“ – eine neue Landmarke für Castrop-Rauxel und die Emscherregion

Sie ist ein „städtebauliches Ausrufezeichen“, das „hellste Glanzlicht eines europaweit einzigartigen Infrastrukturprojekts“ – die neue Brücke über den Rhein-Herne-Kanal und die Emscher. Über 412 Meter verbindet die Brücke für Fußgänger\*innen und Fahrradfahrende die Städte Castrop-Rauxel und Recklinghausen und vernetzt einzelne Quartiere und Stadtteile sowie urbane und ländliche Räume. Sie ist ein Meilenstein für die nachhaltige Mobilität, vor allem des Radverkehrs in der Region, und sie ist ein Wahrzeichen des ökologischen Umbaus des Emschersystems, der nach über dreißig Jahren mit dem Bau unterirdischer Abwasserkanäle sowie der Renaturierung der Emscher und ihrer Nebenflüsse das erste Zwischenziel erreicht hat.

Im Volksmund heißt die Brücke „Sprung über die Emscher“; mich erinnert das kunstvolle Bauwerk mit einem Stahlgewicht von 900 Tonnen und dem eleganten Design, wie es so

im Sonnenuntergang schimmert, wenn ich mit dem Fahrrad noch eine Runde ... drehe, an den legendären Silberpfeil. 2027 ist der rund 30 Hektar große Park, zu dem die Brücke ein Zugangstor ist, Teil der Internationalen Gartenausstellung Metropole Ruhr. Schon jetzt sind der Spielplatz, ein Staudengarten, ein Imkerhaus eine Streuobstwiese und Bauerngärten, die Emscher-Promenade sowie die Emscher-Terrassen samt Weinberg fertiggestellt und freuen sich auf Ihren Besuch.

Rajko Kravanja  
Bürgermeister  
der Stadt Castrop-Rauxel

[www.staedtetag-nrw.de/892407](http://www.staedtetag-nrw.de/892407)

[www.staedtetag-nrw.de/892408](http://www.staedtetag-nrw.de/892408)



Herausgeber:  
Städtetag Nordrhein-Westfalen  
Gereonstraße 18–32  
50670 Köln  
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag-nrw.de](mailto:post@staedtetag-nrw.de)  
Internet: [www.staedtetag-nrw.de](http://www.staedtetag-nrw.de)  
Twitter: [@staedtetag\\_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-  
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,  
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann  
Gestaltung: Anna-Maria Roch  
Layout/Druck: Gabriele Klein,  
Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2748-9752  
Köln, Oktober/November 2024